

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.96 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Wg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 196.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 23. August 1931.

13. Jahrgang.

Was vorgeht.

In seinem Sonntagsartikel in der „Vossischen Zeitung“ unter der Überschrift „Abbau der Krise“ spricht der frühere Finanzminister Dr. Peter Reinhold den Satz aus, der Besonnenheit des deutschen Volkes sei es zu danken, daß in der Geldkrise der letzten Wochen keine Panikstimmung aufgekommen wäre und durch den Ausgang des Volkssentscheids den Staat vor neuen Erschütterungen bewahrt blieb. Das deutsche Volk muß sich eben mancherlei gefallen lassen. Je nachdem es den Politikern paßt, wird es für Gutes und Schlechtes verantwortlich gemacht.

Es ist schade, daß manche Prophezeiung, die von den verschiedensten Leuten aus dem liberaldemokratischen Lager in kritischen Situationen ausgesprochen wurde, sich nicht erfüllt hat. Seit der Stunde, wo Dr. Reinhold jene Meinung niederschrieb, hat sich auf keinen Fall die Lage dahin verändert, daß der Ursachen weniger geworden wären, die unter Umständen doch eine Panikstimmung hervorrufen könnten. Man braucht doch nur einmal eine Tagesnummer der Zeitung daraufhin genau durchzusehen, was dieselbe an Mitteilungen bringt über unnormale Verhältnisse auf den mannigfaltigsten Gebieten des menschlichen Lebens, um zu erkennen, daß wir auf einem Vulkan leben, der über Nacht seine unheilvollen Fluten auswerfen und Panik und Schrecken um sich verbreiten kann.

Wenn die Not die Leiter der kleinen deutschen Länder in diesen Tagen zu ernststen Beratungen zusammentrieb und ihre Beschlüsse eine bedenkliche Ratlosigkeit offenbarten, wenn der Stadt Berlin jetzt, nach langem Zögern, nichts anderes übrig blieb, als ganz ernstlich an eine Reform ihrer Verwaltung heranzugehen, deren Wirkung zuerst einmal der Abbau von Arbeitskräften sein wird, wenn sich die Reichsregierung veranlaßt sieht zu Maßnahmen gegen die Banken, an die sich nicht leicht eine Instanz heranwagt, wenn neben der Beunruhigung, die die negativen Beratungsergebnisse der Politiker und der Bankleute in den Hauptstädten und in Basel hervorgerufen, die innerpolitischen Parteikämpfe nicht nachlassen, sondern von allen Seiten geschürt werden, dann wird das ganze deutsche Volk zur größten Wachsamkeit aufgerufen werden müssen. Ist es auch richtig, wenn in der Andacht unserer heutigen Nummer gesagt ist: „Was Gott mit uns und unserem Volk in Zukunft vorhat, wer will es sagen? Es kann ja auch sein, daß seine Gerichte über uns noch nicht zu Ende sind“, so ist es doch die Aufgabe jedes Staatsbürgers, dem das Wohl seines Volkes und Vaterlandes am Herzen liegt, mit darüber zu wachen, daß alles, was mitbestimmend ist für dieses Wohl, so beeinflusst wird, daß es auch wirklich der Volksgemeinschaft dient, in die wir hineingestellt sind.

Zu den Hunderten von Kommissionen und Ausschüssen und Untersuchungsausschüssen, die uns die Nachkriegszeit beschert hat und von denen man früher nichts wußte, war jetzt in Basel eine „Stillhaltekommission“ hinzugekommen. Sie sollte wohl den Zweck haben, die Maßnahmen festzulegen, die durch die Kreditkündigungen notwendig werden. Die Berichte über die Finanzaktionen, welche zur Regelung der deutschen Kredite, der Markguthaben und sonstiger Schuldverhältnisse ins Werk gesetzt werden, können einen Laien schon etwas in Verwirrung bringen. Wenn erzählt wird, daß Amerika an seinen Goldvorräten fast erschöpft ist und daß es trotzdem an dem Zurückziehen der an Deutschland gegebenen Kredite, also an der weiteren Anhäufung von Gold, beteiligt ist, dann müßte daraus geschlossen werden, daß man in Amerika an eine Entwicklung in Deutschland denkt, die jedem Besitz des Auslandes, der in Deutschland festliegt, das Schicksal bereitet, das über die ausländischen Kredite in Deutschland kam. Damit stände es aber fest, daß wenigstens Amerika mehr an die Möglichkeit einer Volkswirtschaft in Deutschland glaubt und deshalb sein Gold retten will. Von dem Sieg der nationalen politischen Richtungen, die durch die Wahlen im September einen Wechsel der deutschen Politik in den Bereich der Möglichkeit rücken, würde man sicher in Amerika keine Gefahr für den Privatbesitz fürchten. Jedenfalls ist es schwer, aus den Vorgängen der letzten Wochen Schlüsse zu ziehen und eine Entwicklung zu prophezeien, die in einer jener beiden Richtungen liegt. Aber eins läßt sich doch wohl mit Sicherheit sagen: findet Deutschland keinen Weg, die brachliegenden Volkskräfte sehr bald wieder im Produktionsprozeß einzusetzen, dann wird keine Macht der Welt mehr imstande sein, nach Beendigung des Hoover-freijahres den Youngplan in der 1930 festgesetzten Form wieder ins Leben zurückzurufen.

Wir erinnern schon an die Beratungen der Vertreter der deutschen Staaten, die veranlaßt wurden durch die Not, in die die Länder hineingeraten sind. Die Steuerquellen versiegen allenthalben und kein Mensch weiß, in welcher Zeit einmal wieder die Mittel vorhanden sein sollen, die bei dem heutigen Preisstand dem deutschen Menschen eine bescheidene Existenz sichern können. Hamburg hat einen Fehlbetrag von 38 Millionen Mark. Neben den Reichsländern melden sich immer mehr Städte, die mit ihren finanziellen Mitteln am Ende sind. Viele Städte, in denen eine sozialistische Mehrheit bestimmte oder eine starke Minderheit weitgehenden Einfluß hatte, haben durch großzügige Bauten und durch weitherzige Verwaltungspolitik soviel Schulden gemacht, daß die Zinslasten und die ihnen aufgezwungene Fürsorgepflicht zum finanziellen Bankrott führten. Nun fängt man an, abzubauen. In Hamburg will man beim Senat anfangen, die Repräsentationen einschränken und dann werden die Schulen genannt. Es ist ja bekannt, daß bald nach der Revolution die Hamburger Schulreform sehr viel von sich reden machte. Auch da waren es die bekanntesten sozialistischen Reformer, die alle ihre Kraft einsetzten, um Hamburg in Schulfragen die Führung zu sichern. Vielleicht hat man die Sache auch dort zu großzügig betrieben, sodaß die Regierung nun glaubt, beim Abbau ziemlich zuerst bei den Schulen anfangen zu müssen.

So sinkt jetzt vieles dahin, das nicht nur von Sozialisten als notwendiger Fortschritt gehalten wurde. Und daß das aus wirtschaftlichen, aus materiellen Gründen geschehen muß, scheint uns eine Strafe dafür zu sein, daß diejenigen, die die Umwälzung in Deutschland betrieben haben, glaubten, alle diese Dinge in einem Staate durchsetzen zu können, in dem man durch eine leichtfinnige Wirtschafts-, Ertüchtungs- und Alterspolitik die Energie und die Widerstandskraft des Volkes lähmte, so daß es von seinen Gegnern in dem Maße ausgelugt werden konnte, wie wir es jetzt erleben.

Im Reich wird man gespannt sein, wie die Berliner Bevölkerung den Abbau, der nun auch dort durch den Oberbürgermeister Sahm vorgenommen werden soll, aufnimmt. Die bürgerliche Seite hatte schon immer auf diesen Anfang gewartet. Es schien aber, als getraue sich der neue Herr nicht an die Sache heran. Die Gefährten um Schläder und Böß hatten aufgedeckt, wie es in der Reichshauptstadt unter den Leuten zugeht, die die Steuern der Bürger verwalten. Wenn es da überhaupt für einen Oberbürgermeister noch möglich ist, einen genauen Einblick zu gewinnen, wenigstens in die Stellen, wo über die großen Summen verfügt wird, gehört doch sicher ein fester Wille dazu, einem Berliner Stadtparlament gegenüber da durchzugreifen, wo Mißstände festgestellt sind. Wie großzügig übrigens in einer solchen Millionenstadt mit Geld umgegangen wird, davon erzählt die neueste Nummer der „Bodenreform“ ein Stück aus dem Buche Dr. Adolf Damaskus „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ueberwindung“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW 61, Preis 2 Mk.). Aus welcher Zeit der Vorgang herrührt, ist leider da nicht gesagt. Es handelt sich um einen Bodenankauf der Stadt Berlin, worüber folgendes berichtet wird:

„Das Haus Alexanderplatz 1/2, das eine Größe von 2280 Quadratmetern hat, wurde von dem Besitzer bis zum Tage des Kaufes mit 2 775 000 RM versteuert, das Grundstück hatte also einen Steuerwert von etwa 1 200 RM auf einen Quadratmeter oder vom rund Zwanzigfachen der Friedensmiete. Die Stadt aber hat für das Grundstück nicht 2 775 000 RM, sondern 13 320 000 RM bezahlen müssen. Dieser Wert umfaßt das 92-fache der Friedensmiete. Der versteuerte Quadratmeterpreis von 1200 RM wandelte sich in einen Kaufpreis von 5842 RM je ein Quadratmeter. Um den hohen auf den Willen des Gesetzgebers voll zu machen, mußte die Stadt auch noch die Zuwachsteuer, die nach dem Gesetz vom Verkäufer zu tragen ist, mit 2 203 139 RM selbst übernehmen, d. h. darauf verzichten! Bei dieser Lage der Gesetzgebung, die die Gemeinschaft der Steuerzahler zu dem schwächsten Teil macht, lohnt es sich für den einzelnen Bürger wohl, „strategische Ecken zu sammeln“, sie vorzukaufen und dann der Stadt zu dem fünffachen Steuerwert wieder zu verkaufen.“

Wenn der hier erzählte Fall vielleicht auch mit der jetzigen Finanzmisere Berlins nichts zu tun hat und Damaskus mehr zur Begründung seiner Spezialforderungen dienen sollte, so mag er doch auch noch einmal zeigen, welche unsozialen Spekulationen vielleicht auch unter der Verfassung des neuen „sozialen“ und „demokratischen“ Staates noch möglich sind. Das Berliner Rote Haus versteht die Kunst vortrefflich, seine roten Wähler so zu erziehen, daß sie sich aus solchen Kleinigkeiten nichts ma-

Gott aber geht gerade fort
Auf seinen weißen Wegen;
Er geht und bringt uns an den Port,
Da Sturm und Wind sich legen.
Hernachmals, wenn das Werk geschehn,
Da kann der Mensch alsdann erst sehn,
Was der, so ihn regieret,
In seinem Rat geführtet.

Paul Gerhardt.

Christen Hoffnung.

Ich aber, Herr, hoffe auf Dich und spreche: Du bist mein Gott! (Ps. 31, 15.) Denn bei Gott ist kein Ding unmöglich. (Luk. 1, 37.)

Werkwürdig leicht sind heute die Menschen angesichts der schweren Notzeit mit dem Trost bei der Hand: Einmal muß es doch besser werden! Merken wir denn nicht, daß solche Redensarten in der Luft hängen? Die indischen Fakire, diese Erzschelme, werfen Seile in die Luft und wissen ihre Zuschauer so zu betören, daß sie beschwören, die Fakire seien an dem Seil nach oben geklettert. Menschen kann man betrügen, ihnen Einbildungen so lange vorführen, so daß sie sie schließlich glauben — mit einem Fremdwort sagt man: suggerieren, aber das Fremdwort macht die Sache nicht besser. Nüchterner als der Mensch ist die photographische Platte, ihr kann man nichts vormachen. Photographiert man diese Fakire, so sieht man, es ist nichts da, nicht einmal ein Strich. Viele Menschen gleichen heute jenen Zuschauern, sie leben von der Einbildung: „Es muß besser werden.“ Wo steht das geschrieben, dieses gedankenlose „muß“? Was Gott mit uns und unserem Volk in Zukunft vorhat, wer will das sagen? Es kann ja auch sein, daß seine Gerichte über uns noch nicht zu Ende sind.

Christen sollten solche oberflächlichen Redensarten nicht nachsprechen. Christen sollten wissen, daß wir nicht von Einbildungen, also von Illusionen, sondern von einer lebendigen Hoffnung leben.

Wer mit Gott zu rechnen gewohnt ist, der weiß, Gott kann, wenn er will, morgen all unser Not ein Ende machen. Er hat tausend Wege, wo Menschen keinen einzigen sehen. Darum heißt es, stille halten und in Geduld warten.

Können wir das, auch dann, wenn die allgemeine Besserung der Lage doch nicht so schnell kommt, wie wir sehnlichst erwarten? Es wird darauf ankommen, wie wir zu Gott stehen. Können wir auch jetzt sagen: „Mein Gott“, weil er es in Christus uns offenbart hat, daß er uns vergibt, also nicht ewiglich zürnt, trotz aller Züchtigungen, die er über uns kommen läßt, wissen wir, daß wir bei ihm um Jesu willen geborgen sind, so groß auch unsere Ohnmacht und unser Unvermögen ist, dann haben wir einen festen Grund unter den Füßen, auf den wir uns täglich neu stellen im Gebet und im Glauben. Das allein bewahrt uns vor der Sünde solcher gottlosen Redensarten, zu denen der Unglaube seine Zuflucht nimmt. Simon.

chen und sogar in dieser Zeit, wo im Haushalt der Pfennig und der Groschen wieder etwas zu bedeuten hat, eine Verringerung der Fahrpreise der Berliner Verkehrsanstalten hinnehmen, gegen die in besseren Zeiten und unter anderem Regiment sicher ein Generalstreik in Szene gesetzt worden wäre. Alles, was der Tageslauf an solchen Vorgängen bringt, regt immer wieder an zu der Frage, ob die Revolution und die durch sie bedingte Erfüllungspolitik den Gliedern des deutschen Volkes, deren Zukunftsideal ein sozialistischer Staat oder wenigstens ein sozialer Staat als es das deutsche Kaiserreich war, bildete, auch nur die geringsten Chancen für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen gebracht hat. Vergewärtigen wir uns den Gang der Entwicklung nach den staatspolitischen Vorgängen in der neueren Zeit, dann sind die stärksten Zweifel berechtigt, daß dieses Ziel auf dem Wege, den die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, erreicht werden wird. Nach den Gedankengängen sozialistischer Verlautbarungen, soweit sie aus dem Lager der Sozialdemokratie stammen, die in Deutschland zur Zeit starken Einfluß hat, sehen diese die staatspolitischen und die finanzpolitischen Ereignisse der Gegenwart an als ganz folgerichtige Etappen der Entwicklung zum Weltsozialismus. Es ist aber doch nicht anzunehmen, daß Ame-

rika, wo alle sozialistischen und bolschewistischen Einflüsse dem energischsten Widerstand begegnen, in absehbarer Zeit dahin gebracht sein könnte, daß diese Mächte sich durchsetzen. Nach der bisherigen Haltung Amerikas gegenüber den Friedensverträgen und ihren Folgen ist eher anzunehmen, daß von da aus jedes sozialistische Experiment irgend einer Nation, mehr aber noch jede Propaganda für den Weltsozialismus die schärfste Ablehnung finden wird. Welche Ausichten dafür aber von Frankreichs Seite aus bestehen, darüber könnte die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts genügend belehren. Und wie es für England in dieser Beziehung aussieht, lehnen jetzt wieder die letzten Nachrichten über die dortigen Vorgänge. Obgleich die englischen Sozialisten unter MacDonalds Führung jetzt das zweite Mal an der Regierung sind und ein virtuelles Anpassungsvermögen an die historische Form englischer Politik gezeigt haben, scheint sich dieses sozialistische Regiment doch in englischen Verhältnissen nicht verankern zu können. Sieht es auch so aus, als seien an der Krisis, die jetzt in England heraufzieht, weniger die Sozialisten schuld, als die Zwangslage, die durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse herbeigeführt ist und die zu den Sparmaßnahmen zwingen, für die sich die Gewerkschaften und die Anhänger der sozialistischen Regierung nicht begeistern können, so zeigen eben solche Proben doch, wie wenig sicher in England auch eine immerhin maßvolle sozialistische Regierung wie die Ramsay MacDonalds ist. Und für einen Weltsozialismus, dem Ideal der deutschen Sozialdemokraten, ist sicher in England erst recht kein Verständnis vorhanden.

Die ganze Weltlage, welche durch die Auflösung der Frage der endgültigen Liquidierung des Krieges nun tatsächlich in ein Stadium gekommen ist, in dem sich eine merkwürdige Unsicherheit und Ratlosigkeit derer zeigt, in deren Hand die Führung der Staaten liegt, kann es nicht schaden, einmal wieder darauf hinzuweisen, daß solche weltbürgerlichen Hoffnungen, wie sie besonders in Deutschland gehegt und gepflegt werden, doch sehr wenig Aussicht auf Erfüllung haben. Es ist ein altes Weltgesetz, das immer einzelne Völker heraushebt, denen für eine Zeitlang die Führung in gutem oder in schlechtem Sinne zufiel. Und wenn unsere Gedanken dann über diese Weltgeschichte hinwegschweifen und landen bei dem Schicksal und der Lage unseres deutschen Volkes, dann sind wir immer noch der Meinung, daß es unserem Volke gelingen kann, neben der Liquidierung des Krieges auch noch wieder den Weg zu finden in eine staatliche Zukunft, die für alle einen Fortschritt bedeutet. Es wäre der soziale Nationalstaat nach dem Gedanken des Freiherrn vom Stein, von dem am Verfassungstage von den Rednern aller Parteirichtungen in den höchsten Tönen gesprochen wurde. Da liegt eine Hoffnung, deren Erfüllung von dem deutschen Volke selbst abhängt. Rr.

Deutschland und Frankreich, vom Reparationsproblem aus gesehen.

Seitdem Dr. Stresemann die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß Deutschland ohne eine Verständigung mit unsern bisherigen Gegnern den Weg zum Aufstieg nicht finden könnte, hat sich Deutschland ernstlich bemüht, auch mit Frankreich in ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zu kommen. Wenn wir rückwärtig die letzten Jahre übersehen, dann müssen wir allerdings sagen, daß wir auf diesem Wege noch nicht weit gekommen sind, und die Frage ist berechtigt, worin der Grund liegt, daß Frankreich gegenüber das Verhältnis nicht eintreten will, das bei den andern Mächten erreicht worden ist. Im

Nachfolgenden soll versucht werden, uns ganz objektiv in die Stelle Frankreichs zu versetzen und uns diesen Gegner einmal rein menschlich näher zu bringen.

Frankreich ist ein 40-Millionen Volk; es sieht sich einem 60-Millionen Volk gegenüber. Es weiß, wenn Deutschland wieder zu Kraft kommt, daß er dann nicht imstande sein wird, ihm erfolgreich entgegenzutreten zu können. Wie leicht es möglich ist, daß sich ein Volk aus tiefer wirtschaftlicher Not wieder emporarbeiten kann, hat es an sich selbst erfahren. Noch vor sechs Jahren stand Frankreich vor dem Abgrund und glaubte, in ihn versinken zu müssen, wie es einige Jahre vorher Deutschland geschehen war. Daß es nicht geschah, war das Verdienst seines überragenden Staatsmannes Poincaré, der nicht allein politische Fähigkeiten, sondern auch einen Tiefblick für wirtschaftliche Fragen hatte. In der Art und Weise, wie er den Franken stabilisierte und eine aktive Währungspolitik trieb, lag die Rettung Frankreichs. Frankreich schließt nun, daß Ähnliches in Deutschland sehr wohl möglich ist, und ist bestrebt, Deutschland mit allen Mitteln in wirtschaftlicher Ohnmacht zu erhalten. Und dazu bieten ihm die Reparationsverpflichtungen Deutschlands die beste Handhabe. Es müßte sich allerdings sagen, wenn es ernstlich eine Verständigung mit Deutschland will, daß der Weg, den es geht, der denkbar ungeeignetste ist. Es wirkt geradezu grotesk, wenn immer wieder von französischer Seite aus gesagt wird, daß es sich von Deutschland bedroht fühlt. Alle Welt weiß, daß Frankreich in Waffen steht, während Deutschland fast bis zur völligen militärischen Ohnmacht abgerüstet hat. Auf diese Weise kann niemals der Zustand gegenseitigen Vertrauens entstehen. Das ist tief bedauerlich, denn weder das Deutsche, noch das französische Volk wünscht den Krieg. Sie würden beide glücklich sein, wenn ihnen jemand versprechen könnte, daß sie zum letzten Mal aufeinander geschossen haben. Aber wer soll den ersten Schritt tun? Deutschland kann die Friedfertigkeit Frankreichs nicht glauben, solange es in dieser Weise weiter rüstet, und Frankreich schließt anscheinend von sich auf uns, wenn es annimmt, daß der unterlegene Gegner Rache nehmen muß. Ganz zweifellos liegt hier die Schuld auf Frankreichs Seite.

Das, was sich dann einer gegenseitigen Verständigung immer wieder in den Weg stellt, ist die Reparationsfrage. Versuchen wir auch einmal, sie uns in der Betrachtung vorzustellen, wie sie von den Franzosen gesehen wird. Frankreich legt ein großes Gewicht darauf, daß die Zahlungen, die wir zu entrichten haben, als Reparationen bezeichnet werden und nicht als Tribute, wie es in letzter Zeit vielfach von deutscher Seite aus geschieht. Als Wilson zum Versailler Vertrag reiste, wollte er einen Frieden ohne Sieger und Besiegte vermitteln. Als er aber die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich sah, da ließ er sich bestimmen, Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Wenn man unvoreingenommen urteilen will, dann muß man sagen, daß dieser Bestimmung eine Berechtigung nicht abzupreden ist, nicht etwa darum, daß wir die Unterlegenen waren, sondern allein schon aus der Tatsache heraus, daß Deutschland von der Kriegswoge kaum berührt worden war. In dieser Beziehung hatte Frankreich die Hauptlast des Krieges getragen, denn auf seinem Boden spielten sich die Operationen ab. Der Gedanke, Deutschland muß wieder gutmachen (Reparationen leisten), kann darum nicht ohne weiteres als unfürsorglich bezeichnet werden. Deutschland hätte ruhig sagen sollen: „Jawohl, das will ich, zeigt mir nur den Weg, auf dem es möglich ist.“ Hätten wir diesen Standpunkt, zu dem wir nun seit Jahren praktisch gebracht worden sind, sofort freiwillig eingenommen, dann hätten wir uns vielleicht manchen Kummer ersparen können. Dann hätte sich nämlich das gezeigt, was jetzt immer deutlicher hervortritt, daß näm-

lich keine Möglichkeit besteht, solche Zahlungen zu leisten. Man weiß jetzt, daß Reparationen nur in Waren bezahlt werden können. Frankreich wird aber niemals imstande sein, die Reparationsleistungen in dieser Form auf die Dauer anzunehmen, weil es dann selbst dazu beitragen muß, daß seine eigene Volkswirtschaft gestört wird. Das weiß man heute überall; man will den Irrtum nur noch nicht öffentlich eingestehen. Daß es aber damals bei uns auch schon Leute gegeben hat, die das erkannten, darf ich hier erwähnen. Silvio Gesell hat unsere Regierung gebeten, die Forderungen doch ruhig anzunehmen, sie würden sich von selbst bald als Unmöglichkeiten erweisen.

Eine Möglichkeit der Bezahlung ergibt sich erst, wenn ein Gebiet gefunden wird, in das Deutschland seine Produktionskraft ergießen könnte. Wenn beide Völker sich finden könnten, dann würde Deutschland seine Menschen- und Wirtschaftskräfte hergeben, und Frankreich würde seinen Kolonialbesitz zur gemeinsamen Aufschlüsselung bereitstellen. Bei dieser gemeinsamen Arbeit wäre vielleicht die Möglichkeit gegeben, das Reparationsproblem zu lösen. B. R.

Amerika und Schuldenrevision.

Abwartende Haltung. — Ein Dementi des Unterstaatssekretärs Cattle.

Die Meldung des „Daily Herald“, daß Staatssekretär Stimson, sobald er nach Amerika zurückgekehrt sei, eine internationale Schuldenkonferenz vorbereiten werde, wird jetzt von Unterstaatssekretär Cattle als unrichtig bezeichnet. Cattle räumt dabei jedoch ein, daß die Bestrebungen auf Revision der Weltschulden-Aktommen, die sich seit einiger Zeit geltend machen, die Zustimmung der amerikanischen Regierung finden. Es sei jedoch notwendig, zunächst einmal die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß die Wiederauflösung des Problems der internationalen Schulden unvermeidlich sei. Die amerikanische Regierung könne erst dann sich aktiv beteiligen, wenn die öffentliche Meinung Amerikas dafür gewonnen sei.

Die Havas-Agentur meldet aus Washington, Präsident Hoover beschäufte sich tatsächlich „sehr eingehend, wenn auch vorläufig nur theoretisch“, mit dem Problem der internationalen Schulden. Zunächst müsse jedoch der Hooverplan endgültig vom Kongreß gebilligt sein. Deshalb habe man alle Diskussionen über eine künftige Schuldherabsetzung oder Schuldentilgung für ungewinnlich, weil man damit nur die Opposition im Kongreß stärke. Das „Echo de Paris“ läßt sich dazu aus London melden, daß der Präsident der Bank von England, Montague Norman, während einer Amerikareise versuchen werde, alles ins Werk zu setzen, um die amerikanische Regierung für die sofortige Revision der Kriegsschulden und der Reparationen zu gewinnen.

Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Die Auswirkung der Kreditkrise. — Die Gesamtzahl in vier Wochen um 148 000 angestiegen.

Nach dem Bericht der Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. August hat das Abfallen des Beschäftigungsgrades in der ersten Augusthälfte ein rasches Tempo angenommen. Zwischen den beiden Stichtagen vom 15. Juli und 15. August ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 148 000 (im Vorjahr um rund 129 000) gestiegen. Für die Zeit vom 1. bis 15. August beträgt die Zunahme rund 114 000. Nach den Zählungen der Arbeitsämter war am 15. August eine Arbeitslosenzahl von rund 4 104 000 erreicht. In dieser Entwicklung dürften — neben der üblichen Verminderung in der Beschäftigung der Landwirtschaft — Auswirkungen der Kreditkrise zur Geltung kommen.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 20 000 auf rund 1 225 000 erhöht. Die Belastung der Krisenfürsorge weist eine Zunahme um rund 29 000 auf 1 056 000 auf.

dem Lärm der Welt in deine Einsamkeit flüchtet. Dazu segne dich Gott, du liebe traute Heide. — F. S.

Erlebnisse in Rußland vor Ausbruch des Weltkrieges.

Der Tag des Kriegeausbruches jährte sich zum 17. Male und noch immer stehen die Monate und Wochen, die diesem weltgeschichtlichen Wendepunkte vorangingen und die ich in Rußland erlebte, mir unverwischbar vor Augen.

Ich persönlich bin fest davon überzeugt, daß Rußland den Krieg nicht nur eifrig vorbereitet, sondern mit bestem Bemühen auf seinen Ausbruch hingearbeitet hat. Wohl nicht die Mehrheit des bekanntlich sehr indolenten russischen Volkes, aber ein Teil der Intelligenz, die sehr tätige Militärelite und vor allem die mächtige Großfürstenpartei mit Nikolai Nikolajewitsch und seiner Frau, der montenegrinischen Prinzessin und leidenschaftlichen Deutschhasserin an der Spitze, haben systematisch den Boden vorbereitet. Es bedurfte dann nur noch eines Signals, und die Armee konnte kriegsfertig über die Grenze marschieren.

Zunächst galt es, die Masse, die absolut nicht deutschfeindlich eingestellt war, entsprechend zu beeinflussen, und die Presse, die in Rußland bekanntlich nur das schreiben durfte, was die Regierung wünschte, dürfte ganz bestimmte Instruktionen erhalten haben. Anders ist es nicht erklärlich, daß z. B. die als unparteiisch geltende größte Moskauer Zeitung „Ruskoje Slovo“ (Das russische Wort), deren Richtung bestimmt nicht antideutsch war, plötzlich ihre Tonart änderte. Anlaß hierzu gab zunächst die Berufung des deutschen Generals Liman v. Sanders zum türkischen Armees-Inspektor, dann die Landung zweier deutscher Luftschiffe mit ihrem abgetriebenen Freiballon in der Gegend von Kofan, die Zubernaffäre, die doch eine durchaus interne deutsche Angelegenheit war, usw. Beinahe täglich erschienen jetzt gegen Deutsch-

In der Heide.

Du liebe traute Heide
Im schlichten Blütenkleid,
Du meines Herzens Freude,
Wie liegt du still und weit.
Es schweigen alle Klagen,
Still ruhen Lust und Leid.
Es tönt ein Glockenschlagen
Durch deine Einsamkeit.

Es ist Sonntagmorgen. Langsam wandere ich die Landstraße entlang. Schon begegnen mir vereinzelt Kirchgänger. Ich biege seitwärts in einen Feldweg ein, der zur nahen Heide führt. Blaugraue Nebelwolken, durch die sich hin und wieder ein Sonnenstrahl stiehlt, bedecken den Himmel. Spärlisches Heidekraut besäumt rechts und links den Weg. Nun überschreite ich den Lauf eines Baches, der plätschernd dahinschießt. Ein Fink singt sein Morgenliedchen und ein Zaunkönig stößt munter in dem Gezweig eines Dornbusches umher. Bald erheben sich zu beiden Seiten des Weges dunkle Föhren. Leise fährt der Wind durch die Nadeln. Es klingt wie die gedämpften Akkorde einer Meeresorgel. Ein Eichhörnchen, durch mein Nahren erschreckt, fährt raschelnd am Stamm empor, um dann mit einigen hühen Bogen in den Kronen zu verschwinden. Pilze aller Art schießen aus dem feuchten Boden hervor. Nach und nach lichtet sich der Weg. Noch einige Schritte und vor mir breitet sich im jungfräulichen Blütenkleid die Heide aus. Die Sonne hat das Gewölk durchbrochen und blendend fallen ihre Strahlen zur Erde nieder. Ich schreite einem kleinen Hügel zu und lasse mich dort im Schatten einer verkrüppelten Föhre nieder. Vertraut schaue ich in das rosenrote Land hinaus, das von Föhren, Wacholder, Birken- und Ginstergesträuch unterbrochen wird. Die nach Honig und Riechende Luft ist erfüllt von dem Gesumme der Bienen und dem Gezirpe der Heuschrecken und Grillen. Bunte Falter flattern um die blauen Glocken und gelben Habichtskraut-

blüten. Bläuliche Libellen umschwirren einen Wacholderstrauch. Im nahen Ginstergebüsch klagt wehmütig eine Heideleiche. Zu meinen Füßen raschelt es. Ein Eidechsein lugt neugierig aus dem Moose. Ich strecke meine Hand aus, um es zu fangen. Rasch verschwindet es im dichten Heidekraut. —

Die Heide ist nicht gesellig. Nur dem stillen einsamen Wanderer gegenüber wird sie gesprächig. Dem weiß sie viel Liebes und Schönes zu erzählen. Gerade dem Einsamen und Bedrückten wird sie zum Tröster und Erquickter. So lausche ich denn andächtig den Stimmen der Heide. Mir wird so frei und so leicht ums Herz. Mir ist es, als stünde ich stille in dem geschäftigen Treiben des Lebens, als ruhe sich meine Seele aus vom dem unruhigen Hasten des Alltags. — Da horch, vom Dorf her Glockengeläut. Feierlich klingt es über die Heide. Wie ein seliger Schauer kommt es über mich: „O süßes Braun, geheimes Wehn!“ Mir ist es, als würde ich emporgehoben von der Erde, immer höher und höher hinauf. Das Geläut der Glocken, das Säuseln des Windes und die Stimmen der Heide klingen wie ferne gedämpfte Akkorde an mein Ohr. Doch aus dem allen heraus hör ich eine Melodie, die klingt wie ein Lied aus vergangenen Tagen, dessen Worte ich nicht ganz verstehe, und dessen Weise ich nur einmal gehört habe. —

Lange habe ich so gelegen. Die Sonne hat fast ihren höchsten Punkt erreicht. Das Summen der Immen ertönt stärker und die Heideleiche klagt lauter. Ich erhebe mich und wandere langsam zurück. Noch einmal blicke ich zurück auf das rosige Blütenmeer. Ich habe mich hineinversenkt in deine heilige Stille, schöne traute Heide. Und was habe ich daraus geschöpft, was hast du mir gegeben? Ich habe mich glücklich fühlen dürfen in deiner Einsamkeit. Meine Seele hat sich gebadet in deiner stillen Pracht. So manches Kleinliche, Ängstliche und Verzagte ist von ihr abgefallen. Neue Lebensfreude und neue Kraft erfüllen mich. Und wie du mich jetzt gestärkt und erquickt hast, so stärke auch noch manchen, der sich aus

1,6 Milliarden

Der Vor-
tages, Oberb-
Rundfunk ü-
Dr. Sahm be-
Verhältnis d-
Gemeinden d-
die Finanzh-
gaben würd-
von dem Unf-
die dringend-
Finanzwirtsch-

Das Au-
meinden bez-
betonte, auf
fristige Kom-
schleudernde
schaft ein.

Die Ent-
mit der den
politik zusam-
ben auch, da-
Befolungsp-
müsse vor t-
befolungsp-
können. Es
der Praxis g-
für Sparmaß-
dürfte seine
den der Gem-
Führung ein-
Rassen r-
meinden vor-
werbslosen l-

Die S- Senjationell- verh-

Die Be-
meindverb-
Deutsche Ra-
Vinggemein-
vinden richt-
gierungen.
die dringen-
tigung nich-
Ausgangsgr-
„Es wi-
verwaltung
rung dann
Wirtschafts-
genger Not-
Spitzenverb-
ren, daß di-
lung von 1-
dienen könn-
Gemeinden
ist es ein
streitbare u-
treibungen
von der üb-
Gemeindever-
überwiegen
wußt abgel-

Gleiche
in diesen Ge-
langen die

land gericht-
Presse vom-
wurde, sta-
einem Rät-
menden Er-
Deutschland
nur zu gut
Monate spä-
icher Gesch-
Demonstrier-
alles in der
lichen Wänd-

Ich will
dem täglich
obachtungen
In Deut-
Rußland in
einen groß-
litärsbezüg-
vsteneinber-
Mehrere ru-
einer ange-
Westgrenze
nicht heimg-
immer wie
im August
tionen an d-
hat der de-
preußen nu-
konnte, we-
lation der
gerechnet ei-
an der Kri-
auf Kriegs-
Als wei-
bereitungen
gentlich ei-
dem Raski-
tägiger, w-

Finanznot der Kommunen.

Die Krise der Städte.

1,6 Milliarden Mark Gesamtbetrag der kommunalen kurzfristigen Verschuldung.

— Berlin, 22. August.

Der Vorsitzende des Deutschen und Preussischen Städte- tages, Oberbürgermeister Dr. Sahm-Berlin, sprach im Rundfunk über die kritische Finanzlage der Gemeinden. Dr. Sahm beleuchtete zunächst in seinen Ausführungen das Verhältnis des Reiches zu den Gemeinden und betonte, den Gemeinden sei der wesentliche Kern der Selbstverwaltung, die Finanzhoheit, entzogen worden. Immer neue Auf- gaben würden den Gemeinden überwälzt. Die Entlastung von dem Unsicherheitsfaktor der Wohlfahrtsverbundenen sei die dringende Aufgabe zur Erneuerung der kommunalen Finanzwirtschaft.

Das Ausmaß der kurzfristigen Verschuldung der Ge- meinden bezifferte sich, wie der Oberbürgermeister weiter betonte, auf etwa 1,6 Milliarden Reichsmark. Die kurz- fristige Kommunalschuld füge sich als ein nicht einmal en- dschender Betrag in die gesamte Kreditsumme der Wirt- schaft ein.

Die Entstehung dieser Schulden hänge fast durchweg mit der den Gemeinden gegenüber eingeschlagenen Finanz- politik zusammen. Als ungerecht empfanden die Gemein- den auch, daß gerade jetzt Einzelerscheinungen kommunaler Befolgungspolitik maßlos verallgemeinert würden. Es müsse vor der Einstellung gewarnt werden, als ob die befolgungspolitischen Forderungen irgendeine entscheidende Bedeutung für die finanzielle Lage der Gemeinden haben könnten. Es bleibe zu wünschen, daß die Regierung die aus der Praxis geborenen Vorschläge des Deutschen Städtetages für Sparmaßnahmen sich reich zu eigen mache. Das Reich dürfe keine Hilfe bei der Abdeckung der kurzfristigen Schul- den der Gemeinden nicht verlangen und müsse ferner die zur Führung einer geordneten Verwaltung unentbehrlichen Kassenkredite bereitstellen, es müsse weiter die Ge- meinden von den Aufwendungen für die Wohlfahrtsver- wesen durch eine sofortige Neuorganisation entlasten.

Die Sanierung der Gemeinden.

Sensationsvolle Kollektivklärung der übrigen Kommunal- verbände gegen den Deutschen Städtetag.

— Berlin, 22. August.

Die Vertretungen der ländlichen Gemeinden und Ge- meindeverbände und der mittleren und kleinen Städte, der Deutsche Landkreistag, der Reichsstädtebund, der Deutsche Landgemeindetag sowie der Verband der Preussischen Pro- vinzen richteten in einer gemeinsamen Erklärung an die Re- gierungen, die Parlamente und die gesamte Öffentlichkeit die dringende Bitte, in ihrer Kritik der kommunalen Betä- tigung nicht immer die Verhältnisse großer Städte zum Ausgangspunkt zu nehmen.

„Es wird gerade von der nichtgroßstädtischen Selbst- verwaltung keineswegs bestritten, heißt es in der Erklä- rung, daß die in unserer jetzigen Finanz- und Wirtschaftslage allergrößte Sparmaßnahme ein Gebot zwin- gender Notwendigkeit ist. Die genannten kommunalen Spitzenverbände müssen sich aber entschieden dagegen weh- ren, daß die Regierung Maßnahmen, die nur der Abstel- lung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen können, immer wieder verallgemeinert und auf alle „Gemeinden“ und Gemeindeverbände ausdehnt. Tatsächlich ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, festzustellen, daß un- bestreitbare und mit erheblichen Ausgaben verbundene Ueber- treibungen in vielen Arten der kommunalen Betätigung von der übergroßen Zahl der kleineren Gemeinden und Gemeindeverbände — und hierzu gehört noch immer die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung — von jeher be- wußt abgelehnt worden sind.“

Gleiche Sparmöglichkeiten, wie in großen Städten, sind in diesen Gemeindegruppen nicht vorhanden. Daher ver- langen die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände

eine besondere Berücksichtigung bei den zur Behebung der kommunalen Finanznot dringend notwendig gewordenen Maßnahmen des Reiches und der Länder.

Wenn jetzt von einem Versagen der Selbstverwaltung in der öffentlichen Meinung gesprochen wird, so sollte sich diese Kritik nicht auf die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände erstrecken. Es wäre unbillig, Maßnah- men, die zur Abstellung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen sollen, auf alle Selbstverwaltungs- körper auszudehnen und diese unverschuldet in ihrer Be- tätigung zu lähmen. Großstädte und die „deutschen Ge- meinden“ und Gemeindeverbände sind nicht ein und das- selbe!

Vorschläge zur Reichsreform.

Ein Artikel des preussischen Finanzministers.

— Berlin, 22. August.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Alschoff ver- öffentlicht in einer Zeitschrift einen Entwurf zur Reichs- reform, der anscheinend auf der Grundlage der Verhandlun- gen der Länderkonferenz aufgebaut ist. Im Anschluß daran empfiehlt Staatsminister Dr. Höpfer-Alschoff eine weit- gehende Verwaltungsgemeinschaft zwischen Reich und Preu- ßen. Die Ausführungen gipfeln in folgenden Vorschlägen:

„Der preussische Innenminister wird gleichzeitig Reichs- minister. Das Reich übernimmt die Polizeiverwaltung und die Gemeindeaufsicht in Preußen. Dies kann durch Notver- ordnung verfügt werden, weil der Artikel 48 in Notzeiten dem Reichspräsidenten das Recht gibt, nicht nur die Be- fugnisse des Reichsgelehrten und des Landesgelehrten auszuüben, sondern auch die Landesverwaltung an sich nehmen. Da das verfassungsändernde Gesetz Monate er- fordern würde, und ein sofortiges Handeln geboten ist, sind die Voraussetzungen des Artikels 48 für eine vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung des verfassungsändernden Reichsgesetzes gegeben.“

Der Reichsjustizminister übernimmt die Betreuung der preussischen Justizverwaltung. Auch dies kann durch Not- verordnung verfügt werden, in der Form, daß die Reichs- regierung die Leitung der Justizverwaltung für das Land Preußen ausübt.

Die preussische Steuerverwaltung geht auf das Reich über. Dieser Übergang kann auf Grund der Reichsab- gabenordnung durch einen preussischen Antrag ohne weite- res herbeigeführt werden.

Der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister würden alsdann gleichzeitig Mitglieder des preussischen Ka- binetts sein und der preussische Ministerpräsident müßte als Vizekanzler in das Reichskabinett eintreten. Diese wech- selseitigen Befestigungen können ohne Gesetzesänderung vor sich gehen.

Vom Reichsministerium des Innern wird zu dieser Veröffentlichung mitgeteilt, dem Ministerium liege gegen- wärtig ein Referentenentwurf über die Reichsreform vor, doch komme diesem Entwurf zunächst keine praktische Be- deutung zu. Da der Reichsinnenminister eine Entscheidung über die weitere Behandlung des Referentenentwurfes noch nicht getroffen habe, habe dieser Entwurf selbstverständlich auch dem Reichskabinett noch nicht vorgelegen.

Bayern warnt.

Bayern lehnt alle Unitarisierungsbestrebungen des Reiches ab.

— München, 21. August. Die „Bayerische Staatsztg.“ nimmt zu den Reichsreformvorschlägen des preussischen Finanzministers Stellung und schreibt, es seien die Ge- dankengänge des preussischen Ministerpräsidenten Braun, die Höpfer-Alschoff zum besten gegeben habe. Diese Pläne laufen unverkennbar darauf hinaus, dem preussischen

Staate eine Art Hegemoniestellung im Reich zu verschaf- fen. Das wäre aber mit dem föderativen Charakter des Reiches nicht zu vereinbaren. Insofern hätten auch die übrigen Länder Anspruch darauf, bei diesen Absichten ein Wort mitzureden. Derartige Dinge könnten unmöglich auf dem Wege einer Notverordnung gemacht werden. Die Zeitung beruft sich auf die Forderungen des Minister- präsidenten Dr. Held in der Länderkonferenz in Berlin im Januar 1928 und betont mit Nachdruck: „Bayern lehnt alle Bestrebungen, die auf eine Unitarisierung des Reiches hinauslaufen, nach wie vor auf das entschiedenste ab. Es wird niemals einwilligen, daß der Charakter des Reiches geändert wird.“

Einberufung des Landtags beantragt.

Die deutschnationale und nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags haben folgenden Antrag einge- bracht:

„Nach Pressemeldungen hat der preussische Finanz- minister Höpfer-Alschoff dem Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der in seinen Grundgedan- ken die Zerstückelung Preußens bedeutet. Gleichzeitig ist bekanntgeworden, daß der Vorschlag die Durchführung dieses Gesetzentwurfes mit Hilfe des Artikels 48 der Reichs- verfassung vorsieht. Angesichts der daraus erwachenden Gefahr für die Existenz Preußens beantragen wir die so- fortige Einberufung des Preussischen Landtags.“

Ein Frage beim Reichskanzler.

Ausfrage mit Vertretern des gewerblichen Mittelstandes.

— Berlin, 22. August.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Hausbesitzervereine, Stadtrat Humar-München, sowie als Vertreter der Handwerkskam- mern Dr. Meuch zu eingehenden Besprechungen. Im An- schluß daran hatte der Reichskanzler noch eine Unterredung mit dem Vertreter des Einzelhandels, Oberregierungsrat Tiburtius. Wie verlautet, erörterte der Reichskanzler mit den Vertretern des gewerblichen Mittelstandes eine Anzahl mit dem Sanierungsprogramm zusammenhängende Fragen.

Noch kein Ergebnis der Verhandlungen

mit den Gemeindearbeitern.

— Berlin, 22. August. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeindearbeiter im Reichsarbeitsmini- sterium haben sich am Freitag bis kurz nach Mitternacht hingezogen und wurden dann auf Sonnabend vormittag 11,30 Uhr vertagt.

Hausfuchungen in Wuppertal.

Aufdeckung einer Ersahorganisation des Rotfrontkämpfer- bundes.

Das Polizeipräsidium der Stadt Wuppertal teilt mit: „Die hiesige Polizei hatte in den letzten Tagen erfahren, daß sich in Wuppertal-Elberfeld eine Ersahorganisation des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes gebildet habe, deren Mitglieder bewaffnet werden sollten oder sich zum Teil be- reits bewaffnet hätten. Ferner war ermittelt worden, daß auch das verbotene Organ des aufgelösten Rotfrontkämp- ferbundes, die Zeitschrift „Die Rote Front“, in letzter Zeit in Elberfeld verbreitet wurde.“

Bei 20 Personen, die verdächtig waren, der neuen Or- ganisation anzugehören, verbotene Waffen zu besitzen oder die Zeitschrift verbreiten zu haben, wurden Durchsuchungen vorgenommen. Es wurde eine Anzahl Schuß-, Hieb- und Stichwaffen sowie mehrere Exemplare der verbotenen Zei- tschrift beschlagnahmt. Bisher wurden 16 Personen vorläuf- tig festgenommen, die sich wegen Hochverrats, Geheim- handel und wegen Verstoßes gegen das Republiksschutz- gesetz sowie das Kriegsgerätegesetz zu verantworten haben wer- den.“

Waffenfunde im Berliner Osten.

50 Risten mit Maschinenpistolen gefunden.

In einem Keller des Hauses Ulster Straße 85 im Ber- liner Osten wurde überraschenderweise eine Hausfuchung vorgenommen, die einen erheblichen Waffenbestand zutage förderte. Es wurden nicht weniger als fünf Risten Maschi- nenpistolen, eine Menge Munition, Sprengstoff, Ersatzteile und Füllgurte vorgefunden. Die Hausfuchung war die Folge einer vor drei Tagen in Neuenhagen vorgenomme- nen Verhaftung eines Kommunisten.

— Berlin, 22. August. Die Öffnung der im Berliner Osten beschlagnahmten Waffentüten förderte u. a. 29 wert- volle Pistolen, 1316 Schuß Munition, eine Menge Chemi- kalien, 55 Trommelmagazine für Maschinenpistolen sowie 17 Handgranatenköpfe zutage.

Unklarheit in Ungarn.

Hat Frankreich bestimmte Forderungen erhoben? — Die politische Einstellung des Grafen Karolyi.

— Budapest, 22. August.

In Budapest wird eine amtliche Mitteilung heraus- gegeben, in der neuerdings den in der Presse ausgetauchten Gerüchten entgegengetreten wird, die behaupten, daß Graf Karolyi den Kurs der bisherigen Außenpolitik ändern wolle und in der Königsfrage eine andere Stellung ein- nehmen würde als die Regierung Bethlen. An zuständiger Stelle wird dazu erklärt, als Graf Julius Karolyi im Ka- binett Bethlen das Portefeuille des Auswärtigen übernahm, habe er in mehreren Äußerungen betont, daß er dies des- halb tue, weil er in jeder Hinsicht mit der außenpolitischen Auffassung der Regierung des Grafen Bethlen überein- stimme, die darauf gerichtet sei, die alten Freundschaften aufrechtzuerhalten und zu vertiefen und neue Freunde zu erwerben und die vitalen politischen Interessen des Landes auch in Zukunft zu wahren.

Es liege keinerlei Grund für die Annahme vor, daß Graf Karolyi an diesem Standpunkt, der auch von der ungeteilten öffentlichen Meinung des Landes gestützt wird, eine Änderung vornehmen werde. Auch in der Königs-

land gerichtete Heftartikel, und wer nicht wußte, daß die Presse von der Regierung an der Strippe gehalten wurde, stand ob dieses plötzlichen Frontwechsels vor einem Rätsel. Das Volk sollte systematisch auf die kom- menden Ereignisse hingelenkt und in ihm ein Haß gegen Deutschland großgezogen werden, was den Drahtziehern nur zu gut gelungen ist, stellten doch, als der Krieg einige Monate später wirklich ausbrach, die Zerstörungen deut- scher Geschäfte und Wohnungen in Moskau, sowie die Demolierung der deutschen Botschaft in St. Petersburg alles in den Schatten, was dergleichen in anderen feind- lichen Ländern geschah.

Ich will nur einige kleine Beispiele, bzw. Episoden, dem täglichen Leben entnommen und auf persönlichen Be- obachtungen und Erlebnissen fußend, anführen:

In Deutschland dürfte es ziemlich unbekannt sein, daß Rußland im Frühjahr 1914 vielleicht alle, bestimmt aber einen großen Teil seiner in Polen und im Wilnaer Mi- litärbezirk stehenden Divisionen durch zahlreiche Rekruteneinberufungen auf Kriegsstärke gebracht hatte. Mehrere russische Bekannte von mir wurden im Mai zu einer angeblich 6 Wochen dauernden Übung nach Rußlands Westgrenze einberufen, nach Ablauf dieser Frist aber nicht heimgeschickt, sondern der Entlassungstermin wurde immer wieder hinausgeschoben, und als dann der Krieg im August tatsächlich ausbrach, waren die russischen Di- visionen an der deutschen Grenze marschbereit. Wie bekannt, hat der deutsche Generalstab doch zugegeben, daß Ost- preußen nur deshalb von den Russen überannt werden konnte, weil man nicht mit einer derart schnellen Mobili- sation der als schwerfällig bekannten russischen Armee gerechnet hatte. Rußland wußte also, weshalb es seine an der Grenze liegenden Heere schon im Frühjahr 1914 auf Kriegsstärke brachte!

Als weitere Bestätigung für frühzeitige russische Vor- bereitungen diente mir auch ein Erlebnis, das ich ge- gentlich einer Wolgafahrt von Nischny-Novgorod nach dem Kaspischen Meer im Mai 1914 hatte. Nach etwa 7- tägiger, wundervoller Fahrt auf diesem größten euro-

päischen Strome, in russischen Volksliedern mit Recht „Matjuscha Rossija“ (Mütterchen Rußlands) genannt, hielt ich mich zwei Tage in Astrachan auf. Ein Spazier- gang führte mich an einer außerhalb der Stadt gelegenen Kaserne vorbei. Auf dem Hof wurden eine Menge nicht mehr ganz junger Männer einexerziert und auf meine neugierige Frage, ob dies Rekruten seien, erhielt ich von einem Tartaren die Auskunft, daß in letzter Zeit eine große Anzahl Zivilisten, die noch niemals Soldat gewe- sen, eingezogen seien und militärisch ausgebildet werden, was früher niemals der Fall gewesen sein soll. Als in Europa noch tiefster Frieden herrschte, bereitete sich also Rußland, weit hinten an der asiatischen Grenze, schon für den erwarteten Krieg vor.

Von der Reise nach Moskau zurückgekehrt, berichtete ein guter Freund mir unter strengster Diskretion, daß etwas in der Luft liegen müsse und im Herbst wohl ein Krieg ausbrechen würde, denn sein Bruder, ein aktiver St. Petersburger Gardeoffizier, hätte ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählt, daß die Offiziere seines Regiments einen Geheimbefehl erhalten hätten, sich mit warmer Wäsche und allem Erforderlichen für einen Winterfeldzug zu versehen. Das war im Juni 1914, als in Deutschland noch niemand an das herannahende Ungewitter dachte.

Andere aufmerksame Beobachter, die lange in Ruß- land gelebt haben und Fühlung mit der Bevölkerung hatten, werden sicher ähnliche Wahrnehmungen gemacht haben. Für mich steht es jedenfalls fest, daß Rußland zu einer Zeit, wo andere Länder, und vor allen Dingen Deutschland, bestimmt nicht an einen nahen Krieg dach- ten, bereits alle Vorkehrungen hierfür getroffen hatte und nur auf das Signal zum Vorschlagen wartete, das einige Wochen später durch die — wahrscheinlich bestellten — Schüsse in Sarajewo blitzartig aufgreifte.

Und dennoch haben wir in Versailles unseren Feinden durch Brief und Siegel bestätigt, daß wir die alleinigen Urheber des Weltkrieges seien!! — O. N. Bethel.

frage beabsichtige Graf Karolyi, unverändert die Prinzipien zu befolgen, die sich die Regierung Bethlen zu eigen gemacht hatte und die von der überwiegenden Mehrheit des Landes geteilt werde.

Trotzdem wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß französischerseits die Mitwirkung an der Ausbringung einer Anleihe für Ungarn von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht sei. So will man wissen, daß die französische Regierung die Entfernung des Ministerpräsidenten Bethlen, des Landesverteidigungsministers Gombos und des Innenministers Scitowsky gewünscht und dadurch die Demission der Gesamtregierung herbeigeführt habe.

Rabinett Macdonald gefährdet?

Kritische Zuspitzung der innerpolitischen Lage Englands.
— London, 22. August.

Die innerpolitische Krise Englands hat sich außerordentlich verschärft. Die Ablehnung der Regierungsvorschläge über die Kürzung der Löhne und der Sozialausgaben durch die Gewerkschaften hat die Erfolgsaussichten der Regierung erheblich beeinträchtigt und dazu geführt, daß man bereits von der Möglichkeit eines Rücktritts der Regierung Macdonald spricht. Das Kabinett hielt erneut eine Sitzung ab, doch wurde über das Ergebnis dieser Verhandlungen nichts mitgeteilt. Die Reuter-Agentur berichtet dazu, es sei allgemein aufgefallen, daß mehrere Minister den Sitzungs-saal mit sehr besorgten Mienen verlassen haben. Für den Fall, daß Macdonald zurücktritt, erwartet „Evening Standard“ die Beauftragung des Führers der Konservativen Baldwin mit der Neubildung der Regierung.

Es geht auch ohne Gold.

Kaffee für Weizen. —

Kieftauschgeschäfte zwischen USA. und Brasilien.

— Washington, 21. August. Am Freitag ist zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach Brasilien 1 050 000 Sack Kaffee gegen 25 Millionen Bushels Weizen eintauscht. Die Kaffeelieferung soll erst nach Jahresablauf in monatlichen Teilsendungen erfolgen.

Anschlag auf den englischen Kommissar.

— Kalkutta, 22. August. Auf den englischen Kommissar in Dacca, Cassels, wurde heute ein Anschlag verübt. Ein Inder schoß auf den Kommissar und verletzte ihn leicht durch einen Beinchuß. Der Täter ist flüchtig.

„Do X auf Kuba gelandet.“
— Antilla, 22. August. Das deutsche Flugzeug „Do X“ ist auf Kuba glatt und sicher gelandet.

Die Tragödie des „U 41“.

Ein Kapitel „völkerrechtlicher“ Seekriegsführung Englands.

Die feindliche Kriegspropaganda hat es im Weltkrieg und auch noch nachher immer ausgezeichnet verstanden, das moralische Ansehen der Mittelmächte, besonders aber Deutschlands, durch immer neue Märchen über deutsche Kriegsgreuel der schrecklichsten Art herabzusetzen. Die berüchtigten „abgehackten Kinderhände“ in Belgien (die von einem auch heute noch in einem Brüsseler Museum hängenden Bild „historisch beglaubigt und verewigt“ werden) sind nur ein kleiner Ausschnitt.

Viel ist auch im Krieg über die Völkerrechtsmäßigkeit der U-Boot-Waffe geendet worden, weil ihr von den Gegnern nichts Gleichwertiges entgegen gestellt werden konnte. Gerade im Zusammenhang mit der englischen Kriegspropaganda verdient aber ein Vorfall erwähnt zu werden, der allerdings in den Versailler Friedensverhandlungen bei dem Kapitel „Kriegsverbrechen“ nicht besonders hervorgehoben wurde. Gerade die englischen Schiffe waren es im Krieg, die sich an völkerrechtliche Bestimmungen recht wenig hielten, wie ja überhaupt die ganze englische Blockade Deutschlands geradezu ein Schlag ins Gesicht jedes primitivsten Völkerrechtes war. Das neutrale Ausland, überschwemmt von deutschen „Greuelthaten“, erfuhr nichts von jener grausamen Tragödie, die sich heute vor 15 Jahren abspielte.

Damals, am 24. August 1916, lange vor dem Eintritt Amerikas in Krieg, kreuzte das deutsche U-Boot „U 41“ bei den Scilly-Inseln, als es eines amerikanischen Dampfers gewahr wurde. Kaum aber war dieses „neutrale“ Schiff in die Nähe des U-Bootes gekommen, als es, immer die neutrale amerikanische Flagge führend, auf das ahnungslose U-Boot das Feuer eröffnete. Das U-Boot sank, und nur ein Einziger, der Leutnant J. S. Crampton, wurde von der ganzen Besatzung gerettet. Er konnte feststellen, daß der vermeintliche Amerikaner in Wirklichkeit ein englischer Dampfer war, der nur mit Hilfe dieser „völkerrechtlichen“ List einen Sieg über das U-Boot erringen konnte.

Dieser Vorfall ist der Vergessenheit anheimgefallen. Wie aber wäre es aufgebauscht worden, wenn die

Rollen vertauscht gewesen wären? Wie wäre er allen Neutralen als deutsche Schandtat vorgehalten worden, wenn je ein deutscher Dampfer unter fremder Flagge gekämpft hätte? Wahrlich eine Tat, die an Völkerrechtswidrigkeit den abgehackten Kinderhänden an die Seite gestellt werden könnte; nur mit dem Unterschied, daß er wirklich geschehen ist.

Räumung Hankaus geplant.

Schanghai, 22. August.

Entgegen den letzten Meldungen aus China, die von einem Rückgang des Hochwassers im Jangtseki berichteteten, sprechen die neu einlaufenden Meldungen von einem kräftigen Wiederaufsteigen der Flut. Danach ist auch die Lebensmittelversorgung des Ueberschwemmungsgebietes praktisch unmöglich geworden. Man plant eine beschleunigte Räumung der Stadt Hankau. Die Schiffahrtsgesellschaften in Schanghai sind angewiesen worden, für die eventuelle Räumung die notwendigen Schiffe bereitzuhalten.

Hinweis.

Im Kränzchen war eine Streifflamme entbrannt, und zwar tritt man sich darüber, wie man farbedichte, wollene Sachen waschen soll. Die Praxis erbrachte den Beweis: Frau Käthe zeigte nämlich ihre Wolljacke vor, ein schönes, farbenfrohes Stück, dem man auch an keiner Stelle ansah, daß es schon über zwölfmal in einer kalten Perillauge gewaschen war. Man sieht mal wieder: Erfahrung ist alles!

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Sonntag nachmittag 2½ Uhr: Abmarsch vom Vereins-saal, bei gutem Wetter, sonst um 8 Uhr Vereinsstunde. Montagabend: Turnen.

— Wegen häufiger Veränderung in der Sarepta-kapelle finden an diesem und dem kommenden Sonntag die Frühgottesdienste um 9 Uhr im großen Saal des Affapheums statt.

Anzeigen aus Bethel.

— Für mein 16-jähriges, fleißiges Mädchen, erfahren in Hausarbeit, Kochen, Nähen, kinderlieb, suche ich eine Halbtagsstelle. Frau Pastor Mädchen, Bethelweg 25.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Danksagung.

Für alle Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns während der langen Krankheit und beim Heim-gange unserer lieben Frieda in so reichem Maße zu Teil wurden, sagen wir allen, insonderheit dem Mutterhaus Sarepta und allen lieben Schwestern unsern innigsten Dank.

Familie Heinr. und Wilh. Unterbrink
Familie Ernst Kautz

Schuhreparaturen

Damen-Sohlen und Absätze 3.00 RM
Herren-Sohlen und Absätze 3.50 RM

Besohlanstalt August Löh

1. Gütersloherstraße 70, gegenüber der Martinikirche
2. Schildescherstraße 2
3. Brackwede, Hauptstraße 127

Moderne

Augenoptik

H. Breder
BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Haus Priel-Reinbek-Schloß

Kr. Stormarn.
Großer Park mit Liegewiese am Wasser und Sachsenwald. Viel Auslässe, Heide, Elbstrand, See-bäder. Preise entgegenkommend. Kinder allein 1,75 Mk. Sorgf. Betreuung, Küche s. gut. Diät auf Wunsch. Tägl. Bibelsunden. Prosp. u. Bild durch Marg. v. Palow

Zurück!

Dr. Strathmann
Facharzt
für Haut- und Nervenleiden

Bielefeld, Herforder-Straße 2

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhen-lage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Eisen-Betten Schlafzim. Kinder-, Polster, Chaisel., an jeden Teil. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Der „Aufwärts“ liegt auf im Christl. Erholungsheim „Bethanien“, Döbergen, Weserberge, und wird von sämtlichen zur Kur weilenden Gästen gern gelesen.

Ausbedürftige Organ- u. Nervenschwache

finden dort in der ojanreichen Weserbergluft recht schnelle Erholung und Kräftigung. Junger Tannenwald mit schönen Wegen und Liegeplätzen, Luftbad, große Liegewiese, alles direkt am Hause. Penf. RM 3,75 bei guter Verpf. Keine Nebenkosten. Prosp. frei.

Locarno-Monti

Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monte Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vor-züglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto Prospekt: bescheidene Preise das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.

Reiflose Hüftgürtelverteilung durch Schmerz laß nach Tube 50 Pf., 2 Tüben franko, Doppelfußbad dazu 40 Pf.

Reformhaus Eden, Bielefeld, Neustädterstraße 8. Postfachkonto: Hannover 655 88.

Wollwaife, 26 Jahre, erfahren im Kochen und Hausarbeit, sucht gute

Dauerstellung

Angebote unter Nr. 1811 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Haustochter

ge sucht zum 1. Oktober, aus ent-schieden christlichem Hause, gesund, fröhlich und musikalisch. Aus-bildung im Kochen, Haus- und Gardendienst.

Weyer, General a. D. Bielefeld-Gellerslagen 88.

Suche zum 1. September ein kinderliebendes junges

Mädchen

als Haustochter, schlicht um schlicht mit Familienanschluß.

Didmann, Bielefeld, Gubenstraße 23.

Suche zum 1. September ein kinderliebendes junges

als Haustochter, schlicht um schlicht mit Familienanschluß.

Didmann, Bielefeld, Gubenstraße 23.

Blaubiges, jg., gebild. Mädchen, 23 J. alt, sucht Stellung als

Stütze

in besserem Haushalt. Dieselbe bes. einige Koch- u. gut Näht., mit allen vorf. Hausarb. vertraut.

Angebote unter Nr. 1813 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Weyer, General a. D. Bielefeld-Gellerslagen 88.

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer

August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Knoblauchzwiebelkraft

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Gämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren ge-bräuchlich die oriental. Völker den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend RM. 3.50. Bei gefloßener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4



Persil wird mit kaltem Wasser aufgelöst. Auf je 4 Liter Wasser kommt 1 Paket Persil.
Die Wäsche wird einmal kurze Zeit gekocht, ge-legentliches Umrühren.
Nach Abkühlen der Wäsche wird gepöhl-t, zuerst in gut warmem, dann in kaltem Wasser.

Da freut sich Ihre Waschfrau

wenn sie am Washtag Persil in der Waschküche hat. Persil ist eine mächtige Hilfe für sie, mit Persil arbeiten macht ihr Freude — und freudig getane Arbeit

wird doppelt so gut! Achten Sie aber bitte immer auf die richtige Anwendung. Nur das gibt die Sicherheit, alle Vorzüge, die Persil bietet, voll auszunutzen!

Wer so wäscht, hat immer prachtvoll weiße, frisch duftende Wäsche von höchster Gepflegtheit!

Für alle Wäsche nur Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKO, Henkels Wasch- u. Bleich-Soda.